



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 27. Juni 2012

## Aus Berlin

---

### **Pflegereform und Arzneimittelrechtsnovelle passieren Gesundheitsausschuss**

Der Weg für die Pflegereform ist frei: Der Gesundheitsausschuss hat dem Regierungsentwurf „zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ (PNG) sowie der Änderung des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) zugestimmt. Beide Vorhaben sollen noch in dieser Woche im Bundestagsplenum abschließend beraten werden. Das PNG sieht unter anderem eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent – bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent – vor. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro sollen beispielsweise für Demenzerkrankte und neue Wohnformen in der Pflege eingesetzt werden. Der AMNOG-Entwurf beinhaltet unter anderem wirksamere Maßnahmen gegen das Eindringen gefälschter Arzneimittel in die legale Lieferkette. ([Heute im Bundestag, 27. Juni](#))

### **Regierung: Bedarfsgerechte Heilmittelversorgung nicht gefährdet**

Die Bundesregierung hält die Heilmittelversorgung in Deutschland auch nach den geänderten Heilmittel-Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses für gewährleistet. Auch bei der Ausgabenentwicklung bestünden keine systematischen Defizite. Die rechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen grundsätzlich eine bedarfsgerechte Versorgung aller Versicherten, hieß es in einer Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktion wollte unter anderem wissen, ob gewährleistet ist, dass alle Versicherten mit schweren Behinderungen oder chronischen Erkrankungen stets die im Einzelfall notwendige Therapiervielfalt in Anspruch nehmen können. ([Heute im Bundestag, 22. Juni](#))

### **Approbationsordnung für Ärzte: Der Weg ist frei**

Das Bundeskabinett hat die Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte zur Kenntnis genommen und will sie im Juli verkünden. Mit der neuen Regelung wird die Allgemeinmedizin in der ärztlichen Ausbildung gestärkt. Außerdem sollen vermehrt Ärzte zu einer Niederlassung bewogen werden. Die Verordnung ergänzt damit die Maßnahmen des Versorgungsstrukturgesetzes, eine flächendeckende bedarfsgerechte und wohnortnahe ärztliche Versorgung sicherzustellen. ([Pressemitteilung des BMG, 27. Juni](#))

### **Gutachten zum Wettbewerb im Gesundheitswesen erstellt**

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat das Gutachten „Wettbewerb an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Gesundheitsversorgung“ dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) vorgestellt. Es enthält Konzepte und Vorschläge zum Schnittstellenmanagement, Qualitätswettbewerb und zu den erforderlichen Rahmenbedingungen in der sektorenübergreifenden Versorgung. Sie sollen die Effizienz und Effektivität im Gesundheitssystem steigern. Ziel des Sachverständigenrates ist es außerdem, im Leistungsbereich den Qualitätswettbewerb als gleichgewichtige wettbewerbliche Säule neben dem Preiswettbewerb zu stärken. ([Pressemitteilung des BMG, 20. Juni](#))

### Neuausrichtung der Pflegeversicherung: Öffentliche Anhörung zum „Pflege-Bahr“

Der Gesundheitsausschuss beschäftigte sich in einer öffentlichen Anhörung mit der geplanten Förderung der privaten Pflege-Zusatzvorsorge, die Anfang 2013 in Kraft treten soll. Der sogenannte „Pflege-Bahr“ sieht vor, den Bürgern Anreize für mehr Eigenvorsorge zu geben. Wer privat für den Pflegefall mit einer Pfl egetagegeldversicherung vorsorgt, solle vom Bund eine Zulage von fünf Euro pro Monat erhalten. Auf Kritik stießen die Vorschläge bei den Sozialverbänden, Verbraucherschützern und Gewerkschaften. Der Verband der privaten Krankenversicherung bezeichnete sie als „Schritt in die richtige Richtung“. ([Heute im Bundestag, 21. Juni](#); [Heute im Bundestag, 25. Juni](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Freiberuflichkeit von Ärzten: KBV begrüßt BGH-Urteil

Der Bundesgerichtshof hat am 22. Juni entschieden, dass niedergelassene Ärzte weder als Amtsträger noch als Beauftragte der gesetzlichen Krankenkassen anzusehen und daher im Falle von Korruption nicht automatisch zu belangen sind. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, bewertet das Urteil als positiv: „Die Richter haben vollkommen richtig festgestellt, dass niedergelassene Ärzte keine Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen.“ Diese Entscheidung, so Köhler, stärke die ärztliche Freiberuflichkeit. Bestechung und Korruption hätten im Umfeld der ärztlichen Berufsausübung nichts zu suchen, erklärte Dr. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes. Dies regle das Berufsrecht schon seit Jahrzehnten unmissverständlich. Einig sind sich Köhler und Reinhardt über die entscheidende Bedeutung eines vertrauensvollen Arzt-Patienten-Verhältnisses. ([Pressemitteilung der KBV, 22. Juni](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 25. Juni](#))

### KV-on-Videopodcast zum Hauptstadtkongress: Tipps für die Niederlassung

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), hat verschiedene Stimmen vom Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit in Berlin eingefangen. Ein Vertragsarzt aus Neubukow in Mecklenburg-Vorpommern gibt Tipps, was alles bei einer Niederlassung zu beachten ist. Außerdem ermuntert der Vorstand der KBV, Dipl.-Med. Regina Feldmann, junge Nachwuchsmediziner, sich an die KVen zu binden. Vertragsärzte und ihr Praxispersonal waren in diesem Jahr unter dem Motto „Niederlassung fördern“ zum Hauptstadtkongress eingeladen. ([KV-on, 20. Juni](#))

### Praxisgebühr weiterhin von KVen unter Beschuss

Nachdem in Bayern die bundesweite Kampagne zur Abschaffung der Praxisgebühr begonnen hat, folgten nun die KVen aus Hamburg und Baden-Württemberg der Aktion. Während die Hansestadt eine Unterschriftenaktion in den Praxen gestartet hat, stellt die KV aus dem Süden Informationen im Internet bereit und bietet die Möglichkeit eines Online-Votings. Die Praxisgebühr habe sich unbestritten nicht bewährt. Sie schaffe in den Praxen hohe Bürokratie und sei für die Patienten ein Ärgernis ohnegleichen, erklärte Dr. Norbert Metke, Vorstandsvorsitzender der KV Baden-Württemberg. Die Aktion der KV Bayerns hat unterdessen großen Zuspruch gefunden. Nach drei Wochen haben 100.000 Bürger mit ihrer Unterschrift signalisiert, dass die Praxisgebühr abgeschafft werden sollte. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 25. Juni](#); [Pressemitteilung der KV Bayerns, 21. Juni](#); [Pressemitteilung der KV Hamburg, 27. Juni](#))

### KV Rheinland-Pfalz erfasst den medizinischen Versorgungsbedarf

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz hat den Versorgungsatlas 2012 veröffentlicht. Er enthält Daten zur Bevölkerungsentwicklung, zu Veränderungen der Altersstruktur und des Gesundheitszustands der Bevölkerung sowie zu Altersstruktur der Ärzte und Prognosen über weitere Entwicklungen. Da zukünftig noch mehr Ärzte notwendig seien, um die Versorgungsqualität aufrecht zu erhalten, wolle die KV den Arztberuf attraktiver machen, erklärte

die Vorsitzende, Dr. Sigrid Ultes-Kaiser. Bürokratieabbau und der Wegfall des Regressrisikos sowie eine solide finanzielle Ausstattung des ambulanten Sektors seien daher unabdingbar, betonte sie weiter. ([Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 22. Juni](#))

### **KV Bremen gibt Ratschläge zu Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL)**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bremen hat einen IGeL-Ratgeber für Ärzte und Psychotherapeuten herausgebracht. Er dient als Leitfaden bei Aspekten wie Marketing, Beratungsgespräch und Abrechnung und enthält Standpunkte von Ärzten und Patienten. „Dieser Ratgeber arbeitet nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern setzt auf Einsicht und Verständnis: IGeL'n mit Anstand lautet die Devise“, erklärte Dr. Jörg Hermann, Vorsitzender der KV. ([Pressemitteilung der KV Bremen, 22. Juni](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **Berlinweite Koordinierungsstelle für Allgemeinmedizin (KoStA) eingerichtet**

Am 1. Juli wird die gemeinsame KoStA der Berliner Krankenhausgesellschaft (BKG), der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin und der Ärztekammer Berlin (ÄKB) eröffnet. Sie soll in der Bundeshauptstadt als Schnittstelle für die allgemeinmedizinische Weiterbildung von approbierten Ärzten im ambulanten und klinischen Bereich dienen. Die KoStA helfe dabei, diese Weiterbildung strukturierter und organisierter zu gestalten, sagte ÄKB-Präsident Dr. Günther Jonitz. ([Gemeinsame Pressemitteilung von BKG, KV Berlin und ÄKB, 27. Juni](#))

### **Kinder- und Jugendärzte wollen Vorsorge stärken**

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) hat die Erweiterung der Vorsorge-Untersuchungen bis zum 18. Lebensjahr von bislang 15 auf 30 Minuten pro Kind gefordert. „Durch gute Vorsorge im Kindesalter können wir immense Folgekosten sparen“, erklärte Verbandspräsident Dr. Wolfram Hartmann. Die gewonnene Zeit diene vor allem der gezielteren Beratung der Eltern. Außerdem könnte Problemen wie Bewegungsmangel oder psychischen Störungen besser entgegengewirkt werden, sagte Hartmann. (Agenturmeldung, 22. Juni)

### **KOMPAKT-Zahl der Woche: 22,3**

22,3 Prozent: Zu diesem Anteil nahmen Frauen 2011 mehr Arzneimittel als Männer ein. Das geht aus dem Barmer GEK Arzneimittelreport 2012 hervor. Auf 100 Patientinnen entfielen dem Report zufolge im Durchschnitt 937 Verordnungen im Jahr. Bei Männern waren es 763 Verordnungen pro 100 Versicherte. ([Pressemitteilung der Barmer GEK, 26. Juni](#))

## **Aus der Presse**

---

### **Mehr Geld für mehr Leistung**

Nach den Vorstellungen von Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, soll der weiterentwickelte Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) mehr Einzelleistungen und differenzierte Pauschalen beinhalten, berichtet das Deutsche Ärzteblatt. Der aktuelle EBM habe das Problem, dass er Versorgungsleistungen und -aufwand nicht richtig abbilde, sagte Köhler. Daher fordert er, dass Ärzte mehr Einzelleistungen abrechnen können, heißt es in dem Interview. Pauschalen sollten stärker nach Altersgruppen differenziert werden, erklärte Köhler. Der veränderte EBM solle schließlich dazu führen, dass Ärzte für aufwendigere Behandlungen besser bezahlt werden. Dafür sei eine Anpassung des Orientierungswertes für im EBM abgerechnete Leistungen notwendig,

betonte der KBV-Chef. Köhlers Forderung beläuft sich auf einen Honorarzuwachs von insgesamt 3,5 Milliarden Euro für die Niedergelassenen. ([Deutsches Ärzteblatt Online, 22. Juni](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- 27.06.2012 Vertreterversammlung der KV Nordrhein  
Düsseldorf, 15 Uhr
- 02.07.2012 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18.15 – 19.45 Uhr
- 04.07.2012 Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg  
Stuttgart, 11 Uhr
- 09.07.2012 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18.15 – 19.45 Uhr
- 11.07.2012 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt  
Magdeburg, 15.30 Uhr
- 25.07.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns  
München, 14 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV  
Tel: 030 4005-2202  
Fax: 030 4005-2290  
E-Mail: [online-redaktion@kbv.de](mailto:online-redaktion@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>